



UMFRAGE: MIETER WOLLEN KLIMASCHUTZ – ABER VERMIETER UND STAAT SOLLEN ZAHLEN

30.06.2010 Fachinformation

Vier von Fünf (80,5%) Deutsche sind der Meinung, dass energetische Sanierungen von Mietwohnungen wichtig für den Klimaschutz sind. Allerdings kommt nur für 4,1 Prozent der Mieter in Frage, dafür eine höhere Miete zu bezahlen. Das geht aus einer aktuellen Repräsentativ-Umfrage der GfK Marktforschung im Auftrag des Verbandes bayerischer Wohnungsunternehmen (VdW Bayern) hervor. Danach ist auch die Bereitschaft, sich mit einem Teil der eingesparten Nebenkosten an den Investitionen des Vermieters zu beteiligen, gering: Dazu wäre ein Drittel bereit (33,9%). Mehr als die Hälfte der Mieter (54,6%) sieht die Finanzierung allein beim Vermieter. Nach 2007 hat der Verband zum zweiten Mal die Einstellung der Mieter zum Klimaschutz untersuchen lassen. "Ein Bewusstseinswandel lässt sich leider nicht beobachten", bedauert Verbandsdirektor Xaver Kroner. Obwohl der Vorteil durch geringeren Heizenergie- und Warmwasserverbrauch beim Mieter liege, sei eine deutliche Mehrheit nicht bereit, einen eigenen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. "Für den mehrheitlich gewünschten Klimaschutz in Wohngebäuden sollen ausschließlich Vermieter und Staat verantwortlich sein", fasst er das Ergebnis zusammen. Staat spart beim Klimaschutz 86,9 Prozent aller Befragten befürworten eine stärkere Förderung durch den Staat. "Doch dieser fordert lieber anstatt zu fördern", kritisiert Kroner. Man könne auch sagen, er überfordert gerade sozialorientierte Vermieter, da diese an ihrer wirtschaftlichen Belastungsgrenze seien. Das erfolgreiche energetische Gebäudesanierungsprogramm werde aktuell auf 450 Millionen Euro für 2011 eingeschmolzen. 2009 sei der Klimaschutz im Wohnungsbestand dem Bund noch rund zwei Milliarden Euro wert gewesen. Überzogene Anforderungen des Staates kontraproduktiv. Eine große Mehrheit der Befragten (88,1 Prozent) hat kein Verständnis für unwirtschaftliche Regelungen. Sie finden, dass staatliche Anforderungen für energetische Sanierungen für Vermieter finanzier- und umsetzbar gestaltet werden müssten. "Überzogene Anforderungen sind kontraproduktiv für den Klimaschutz und die Ziele der Bundesregierung", argumentiert der Verbandschef. Seit Inkrafttreten der verschärften Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 sei die Modernisierungstätigkeit im Wohnungsbestand bei den Verbandsmitgliedern bereits zurückgegangen. Kroner fordert deshalb, auf die geplante weitere Verschärfung im Jahr 2012 zu verzichten. Die Umfrage wurde von der GfK Marktforschung im Auftrag des VdW Bayern durchgeführt. Das Marktforschungsinstitut interviewte rund 1.000 Männer und Frauen ab 14 Jahren aus ganz Deutschland, darunter knapp 500 Mieter. Das entspricht der Mieterquote von 48 Prozent. Download der VdW-Grafik

Downloads

11B5DC6_VdW_Grafik_Umfrage_Klimaschutz_2010

162
PDF